

heute Preisverteilung vom Wappenspiel!
Siehe Seite 7

Der gerade Weg

Deutsche Zeitung für Wahrheit und Recht.

HERAUSGEBER DR. FRITZ GERLICH

NATURRECHTSVERLAG G. M. B. H. MÜNCHEN
Schriftleitung und Verlag: München 2 M, Hofstatt 5, II. Stock.
Postcheckkonto München Nr. 2426 • Telephon 93378/93379
Sprechstunde der Redaktion Samstag von 10 bis 12 Uhr.

Mittwoch-
Ausgabe

Einzelverkauf: 20 Pf., 40 Oesterr. Gr., 30 Schw. Rappen
Bezugspreis monatlich RM. 1.20 zuzüglich 20 Pf. Liefergebühr
bzw. bei Zustellung durch die Post 32 Pf. Liefergebühr.
Mit Unfall- und Sterbegeldversicherung

Nummer 14

München, 15. Februar 1933

5. Jahrgang

Hitler und das Ausland

Die Außenpolitik der derzeitigen deutschen Regierung

Der überstürzte Verlauf der innerpolitischen Geschehnisse der letzten 14 Tage hat die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes in weitem Maße von der Außenpolitik der jetzigen Reichsregierung abgezogen, wie sie zur Zeit in Genf betrieben wird. Und doch ist diese für die Erkenntnis der außenpolitischen Lage der jetzigen Reichsregierung ganz außerordentlich aufschlußreich. Hören wir doch von verschiedenen jetzigen Reichsministern, als sie noch nicht in diesem Amte waren, sehr nachdrückliche Versicherungen, sie würden sofort nach der Machtübernahme mit der bisherigen „schwächlichen“ Vertretung der deutschen Lebensinteressen ein Ende machen und sie, sowie die deutsche Ehre auf das energischste wahren. Ähnliche Erklärungen wurden uns auch in den Wahlreden der Reichsminister während der letzten Tage vorgetragen. Daß der Aufruf der Reichsregierung dem gegenüber sowohl in der Kriegsschuldfrage wie in der Frage der Außenpolitik überhaupt auf die Veteuerung des persönlichen Unschuldgefühls des deutschen Volkes, sowie auf die Äußerung von Hoffnungen in die Einsicht der anderen Völker, also auf eine Verständigungspolitik beschränkt blieb, haben wir bereits in unserer Besprechung in Nr. 11 vom 5. Februar stark betont.

Inzwischen sind die Abrüstungsverhandlungen in Genf weitergegangen, und zwar in einer Richtung, daß sich die „Berliner Börzenzeitung“ zu einem Alarmruf veranlaßt sieht. Seine Bedeutung erhebt, wenn man berücksichtigt, daß dies Blatt zu jenen gehört, die seit langem mit am extremsten die Einsetzung dieser jetzigen Regierung des „nationalen Zusammenschlusses“ und des „Wiederaufstehens des deutschen Volkes als gleichberechtigte Nation“ verlangt haben. Die „Berliner Börzenzeitung“ veröffentlicht diesen Alarmruf in ihrer Nr. 71 vom 11. Februar in einem Aufsatz über die Genfer Verhandlungen, dem sie auf der ersten Seite über drei Spalten hinweg die Ueberschrift gibt: „Schwache Antwort an Frankreich“ und mit der Unterzeile verliest „Sicherheits- und Abrüstungsfrage parallel gepöppelt — Genf wieder im alten Trott“. Dann gibt sie folgenden Drahtbericht ihres Genfer Sonderkorrespondenten vom 10. Februar wieder:

„Die heutige Antwort Radolnys auf die französische Herausforderung war im ganzen doch gedämpft und farblos, als man gestern erwartet hatte. Daher hielt auch Paul-Boncour eine nochmalige Erwiderung nicht für notwendig und nur der Pole Maczinski schloß sich nachträglich noch den Franzosen an. Wir weichen wieder einer Debatte über die Gleichberechtigung und einer Präzisierung unserer Auffassung über die Tragweite der Fünf-Mächte-Formel vom Dezember aus, begnügen uns mit der Feststellung, daß sie die Grundlage und Voraussetzung unserer Arbeit auf der Konferenz ist

— mit einer leisen Drohung, diese Arbeit in gewissen Fällen wieder einzustellen — und fordern praktische Arbeit. Dabei bestritten wir nochmals den französischen Sicherheitsanspruch auf dieser Konferenz, sind aber dennoch bereit, die Sicherheitsfrage in der politischen Kommission zu diskutieren. Im ganzen eine so gemäßigte und sanfte Erwiderung auf die Herausforderungen des französischen Außenministers, daß man die deutlich festzustellende Befriedigung und Beruhigung der Franzosen verfehlen kann. Sie waren offenbar auf ganz etwas anderes gefaßt.“

Enttäuschte Hoffnungen

In den wenigen Tagen des Bestehens des neuen Reichsabinetts ist bereits so manche Illusion verlogen. Von einem klaren Wirtschaftsprogramm haben wir bis heute nichts vernommen. Auch die Wahlreden der Parteiführer des „nationalen Zusammenschlusses“, — der Reichsminister Hitler, Sugenberg, Papen und Selbde — haben uns nicht von diesen raschen Aufbaumassnahmen berichtet, auf die unserem Volke jahrelang so viel Hoffnung gemacht war. Was sie uns berichteten, werden wir bei ihrer näheren Besprechung in einem anderen Aufsatz dieser Nummer darlegen.

Nun stehen wir persönlich in der Außenpolitik seit vielen Jahren grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß sie nur dann richtig geführt werden kann, wenn sie sich möglichst ganz von allen innerpolitischen Stimmungen freimacht. In den Nummern des Juli und August 1931 des „Geraden Wegs“, der damals noch „Illustrierter Sonntag“ hieß — also in den Zeiten, als nach dem Bankzusammenbruch in Deutschland Brüning in London über Finanzfragen und in Genf über die Panzerkreuzer- und die Frage der Zollunion mit Oesterreich verhandeln mußte, haben wir es außerordentlich scharf getadelt, daß die sogenannten rechten Parteien und Bewegungen in Deutschland — es waren das die gleichen, die jetzt die Reichsregierung stellen — gegen die Außenvertretung des Reiches mit ihrer bekannten Londoner Depesche usw. vor den Augen des Auslandes eine ganz radikale Opposition machten. Wir rieten damals der Reichsregierung, sich von jeder

Rücksicht auf diese innerpolitischen rechtsradikalen Stimmungen bei ihrer Außenpolitik freizuhalten und sich mit den Auslandsmächten zu einigen, die damals angesichts des drohenden vollen Zusammenbruchs Deutschlands verhandlungsbereiter waren. Wir werden aus diesem unserem Grundsatz bezüglich der Außenpolitik und unserer damaligen Forderungen heraus heute gegenüber jenen Männern nicht das feinerzeit an ihnen getadelte Verhalten einschlagen. Der unüberbrückbare Gegensatz unserer politischen Anschauungen zu denen der heute das Reich regierenden Männern kann uns nicht veranlassen, jetzt eine ganz scharfe Außenpolitik von ihnen zu fordern. Wir haben also im Gegensatz zur „Berliner Börzenzeitung“ keinen Anlaß, die Außenpolitik deswegen zu tadeln, weil sie nicht den starken Worten entspricht, die von den rechtsradikalen Führern früher gemacht wurden.

Wohl aber haben wir allen Anlaß und auch volle moralische Berechtigung, auf den jetzt nach wenigen Tagen bereits sichtbaren Unterschied zwischen Theorie und Praxis hinzuweisen. Gerade nachdem in den letzten Proklamationen und Reden immer wieder in so außerordentlich ungerechter Weise über die vorausgegangenen Reichsregierungen gesprochen wurde, wollen wir feststellen, daß man nicht nur im Inland, sondern auch schon im Ausland diesen Unterschied zwischen Theorie und Praxis bemerkt. Ja, man betont bereits, daß die Außenpolitik von Brüning und Curtius — und später Brüning allein — sehr viel kühner und energischer gewesen